

Kleine Anfrage mit Antwort

Wortlaut der Kleinen Anfrage

der Abgeordneten Pia-Beate Zimmermann (LINKE), eingegangen am 21.06.2010

Neonazistische Aktivitäten im Raum Delmenhorst

In den vergangenen Monaten kam es im Raum Delmenhorst vermehrt zu Aktionen, Sachbeschädigungen, Drohungen, gewalttätigen Übergriffen und sogar versuchten Brandanschlägen neonazistischer Gruppen und Einzelpersonen vor allem auf alternative und antifaschistische Jugendliche aus der Region. Erst am 3. Juni 2010 kam es zu einem Zwischenfall, bei welchem nach Augenzeugenberichten mehrere bekannte Personen der rechten Szene versucht haben sollen, zuerst mit einem Auto eine Gruppe Jugendlicher anzufahren, und dann mit Holzlatten, Teleskopschlagstöcken und Reizgas auf die Gruppe Jugendlicher losgingen. Dabei soll ein Angreifer einer Person eine Holzlatte auf dem Kopf zerschlagen haben, sodass diese im Krankenhaus behandelt werden musste.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Aktivitäten und die damit im Zusammenhang stehenden Straftaten neonazistischer Gruppen und Einzelpersonen der letzten Monate im Raum Delmenhorst?
2. Gibt es aus Sicht der Landesregierung einen Zusammenhang zwischen diesen Aktivitäten und der Ernennung des Delmenhorsters Julian Monaco zum Landesvorsitzenden der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“, und, wenn ja, wie bewertet sie diesen?
3. Was wird die Landesregierung gegen die neonazistischen Umtriebe im Raum Delmenhorst unternehmen, um eine weitere Zuspitzung der Lage zu verhindern?

(An die Staatskanzlei übersandt am 30.06.2010 - II/721 - 712)

Antwort der Landesregierung

Niedersächsisches Ministerium
für Inneres und Sport
- 63.116-049-A-480010-17/10 -

Hannover, den 05.08.2010

Nach Berichterstattung der Polizeidirektion Oldenburg kam es am 3. Juni 2010 gegen 20.50 Uhr in Delmenhorst zu körperlichen Auseinandersetzungen zwischen mehreren Personen der rechtsextremistischen und linksextremistischen Szene. Anwohner waren darauf aufmerksam geworden und hatten die Polizei informiert. Bei Eintreffen der Polizeibeamten der Polizeiinspektion Delmenhorst waren die Beteiligten nicht mehr vor Ort. Im Nahbereich konnten Angehörige der rechtsextremistischen Szene angetroffen werden, die zum Teil verletzt waren. Ferner konnten zwei Angehörige der linksextremistischen Szene, welche sich für eine ärztliche Behandlung in die Städtischen Kliniken Delmenhorst begeben hatten, dort angetroffen werden. Im Verlauf der polizeilichen Ermittlungen haben weder die Beteiligten der rechtsextremistischen noch die der linksextremistischen Szene ausführliche Aussagen zum Verlauf der Streitigkeiten gemacht. Nach dem derzeitigen Stand der Ermittlungen ist davon auszugehen, dass sich die beiden Gruppierungen wechselseitig unter Einsatz von Pfefferspray und Holzlatten verletzt haben und einen PKW beschädigten.

Im Zeitraum vom 1. Januar 2009 bis zum 30. Juni 2010 sind der Polizeiinspektion Delmenhorst aus dem Phänomenbereich der Politisch motivierten Kriminalität -rechts-¹ im Themenfeld Konfrontation/Politische Einstellung gegen -links- 19 Straftaten bekannt geworden. Hierbei handelte es sich um 8 Körperverletzungsdelikte, eine Nötigung, 3 Bedrohungen, 3 Sachbeschädigungen, ein Propagandadelikt, ein Landfriedensbruch, eine Brandstiftung und einen schweren Diebstahl. Hiervon wurden 13 Taten als Gewaltdelikte² klassifiziert.

Die Opfer der Straftaten waren in sechs Fällen 18 bis 20 Jahre alt. Bei allen übrigen Delikten waren sie älter.

Für den Phänomenbereich der Politisch motivierten Kriminalität -links- wurden im gleichen Zeitraum 33 Straftaten aus dem Themenfeld Konfrontation/Politische Einstellung gegen -rechts- bekannt. Es handelte sich um 16 Sachbeschädigungen, eine Körperverletzung, 8 schwere Körperverletzungen, 2 Nötigungen, 5 Verleumdungen und eine Beleidigung. Hierunter befinden sich 10 Gewaltdelikte. Die 32 Opfer dieser Delikte waren in 2 Fällen zwischen 14 und 17 Jahre und bei 15 Taten 18 bis 20 Jahre alt. Innerhalb der übrigen Sachverhalte waren sie älter.

Nach Erkenntnissen der Polizeidirektion Oldenburg sind der örtlichen rechtsextremistischen Szene seit etwa einem Jahr ca. 15 Personen zuzurechnen, die in unterschiedlicher Zusammensetzung als Junge Nationaldemokraten (JN)-Delmenhorst bzw. Aktionsgruppe (AG)-Delmenhorst auch gemeinsam auftreten. Bei den festgestellten Aktivitäten handelt es sich um die Durchführung/Teilnahme an Kundgebungen, Flugblattverteilungen, Mahnwachen, Farbschmierereien, Kranzniederlegungen, überörtliche Szeneveranstaltungen, Störungen von Veranstaltungen der linksextremistischen Szene, Übergriffe bzw. Gewalttätigkeiten gegen den politischen Gegner sowie einen regelmäßigen Internetauftritt.

So führte die JN-Delmenhorst am 15. Januar 2010 vor dem Amtsgericht Wildeshausen anlässlich einer Gerichtsverhandlung gegen einen Aktivist der Autonomen Nationalisten und am 25. Februar 2010 aufgrund der Wanderausstellung des Niedersächsischen Verfassungsschutzes im Rathaus Delmenhorst Mahnwachen durch. Im Verlauf der Mahnwache vom 25. Februar 2010 wurde ein Lied der Hitlerjugend gesungen, woraufhin gegen 18 Personen Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen eingeleitet wurden. Am 4. März 2010 versuchten zwei Mitglieder der rechtsextremistischen Szene in den Räumlichkeiten der Wanderausstellung Flugblätter zu verteilen und erhielten daraufhin Hausverbot. Vor dem Rathaus kam es anschließend zu Auseinandersetzungen mit vier linksextremistisch motivierten Personen.

Am 28. April 2010 versuchte ein bislang unbekannter Täter in Delmenhorst einen Reifen eines abgestellten PKW zu entzünden. Die Brandlegung wurde unmittelbar bemerkt, sodass das Feuer gelöscht werden konnte. Es entstand leichter Sachschaden an einer angrenzenden Hecke. Da der Sohn der Fahrzeugbesitzerin der örtlichen Antifa-Szene angehört und sie sich selbst an der lokalen „Initiative Eltern gegen Rechts“ beteiligt, geht die Polizei von einer politisch -rechts- motivierten Tat aus. Im Rahmen der sogenannten JN-Aktionswoche vom 8. bis 15. Mai 2010 erfolgten diverse Farbschmierereien und nahezu täglich Flugblattverteilungen zum Thema der Woche „Bundeswehr raus aus Afghanistan“.

¹ Politisch motivierter Kriminalität -rechts- werden laut „Kriminalpolizeilichem Meldedienst Politisch motivierte Kriminalität“ (KPM-D-PMK) Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie nach verständiger Betrachtung (z. B. nach Art der Themenfelder) einer „rechten“ Orientierung zuzurechnen sind, ohne dass die Tat zugleich die Außerkraftsetzung oder Abschaffung eines Elementes der freiheitlich demokratischen Grundordnung (Extremismus) zum Ziel haben muss.

² Politisch motivierte Gewaltkriminalität ist laut KPM-D-PMK die Teilmenge der Politisch motivierten Kriminalität, die eine besondere Gewaltbereitschaft der Straftäter erkennen lässt. Sie umfasst die Deliktsbereiche Tötungsdelikte, Körperverletzungen, Brand- und Sprengstoffdelikte, Landfriedensbruch, Gefährliche Eingriffe in den Schiffs-, Luft-, Bahn- und Straßenverkehr, Freiheitsberaubung, Raub, Erpressung, Widerstandsdelikte und Sexualdelikte.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Anfrage namens der Landesregierung wie folgt:

Zu 1 und 2:

Seit der Wahl des Julian Monaco zum Landesvorsitzenden der JN-Niedersachsen am 22. Juni 2009 sind vermehrt Konfrontationen zwischen der rechtsextremistischen und der linksextremistischen Szene in Delmenhorst festzustellen. Den niedersächsischen Sicherheitsbehörden liegen jedoch keine konkreten Erkenntnisse über einen kausalen Zusammenhang zwischen der Person Monaco und dem ansteigenden Konfrontationspotential vor.

Dessen ungeachtet verfügt Monaco über umfangreiche überregionale Szenekontakte. Es ist zu erwarten, dass er die Aktivitäten zur kommenden Kommunalwahl weiter verstärken und ähnlich wie zur Bundestagswahl 2009 den Wahlkampf der NPD maßgeblich organisieren wird. Ansonsten siehe Vorbemerkungen.

Zu 3:

Die niedersächsischen Sicherheitsbehörden gehen auch in Delmenhorst konsequent gegen rechts-extremistische Bestrebungen vor.

Im Rahmen seines gesetzlichen Auftrages klärt der Niedersächsische Verfassungsschutz seit Jahren die Öffentlichkeit über verfassungsfeindliche Bestrebungen auf und erfüllt somit auch präventive Aufgaben bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus. Die einzelnen Maßnahmen, die in einem umfassenden Gesamtkonzept durchgeführt werden, werden durch die in der Verfassungsschutzabteilung eingerichtete Niedersächsische Extremismus-Informations-Stelle (NEIS) aufeinander abgestimmt und mit den vielfältigen in Niedersachsen im Bereich der Prävention tätigen Institutionen und Vereinen vernetzt. So haben Mitarbeiter der NEIS in den letzten Jahren kontinuierlich Vortrags- und Informationsveranstaltungen - auch im Raum Delmenhorst - zum Thema Rechtsextremismus durchgeführt und Aufklärungsarbeit und Unterstützung bei Problemen mit rechtsextremistischen Aktivitäten vor Ort geleistet. Bei Bedarf bietet der Verfassungsschutz in Kooperation mit dem Landespräventionsrat Strategiegelgespräche mit betroffenen Kommunen an, in denen Handlungsmöglichkeiten gegen rechtsextremistische Aktivitäten ausgelotet und Hilfestellungen bei der Umsetzung angeboten werden.

Die vom Niedersächsischen Verfassungsschutz konzipierte und seit 2005 kontinuierlich gebuchte Wanderausstellung „Verfassungsschutz gegen Extremismus - Unsere Demokratie schützen“ war bereits mehrfach, zuletzt im Februar 2010, im Rathaus der Stadt Delmenhorst und im April 2010 in Bremen zu Gast. Die Führungen durch die Ausstellung und ein Begleitprogramm erfolgten in einer seit Jahren erfolgreichen Kooperation mit dem Kriminalpräventiven Rat in Delmenhorst.

Zudem wurden in den letzten Jahren vom Niedersächsischen Verfassungsschutz in Zusammenarbeit mit der Niedersächsischen Landesschulbehörde und dem Niedersächsischen Kultusministerium eine zentrale Lehrerfortbildung zum Thema „Rechtsextremismus in Niedersachsen“ durchgeführt, um insbesondere Pädagogen über die Entwicklungen und Aktivitäten rechtsextremistischer Gruppierungen zu informieren und somit präventives Handeln zu fördern. Die Aufklärung der Lehrkräfte soll auch dazu dienen, dass in den Schulen Projekte gegen Rechtsextremismus initiiert werden. Das Konzept sieht zudem vor, Lehrerfortbildungen im Zusammenhang mit den geplanten Ausstellungsorten durchzuführen.

Die vom Niedersächsischen Verfassungsschutz herausgegebene Broschüre „Rechtsextremistische Skinheads - Neonazistische Kameradschaften - Rechtsextremistische Musik“ wird in komplett überarbeiteter Version in zweiter Auflage angeboten. Die Broschüre dient Lehrern als Unterrichtsmaterial und wird ausstellungs- und vortragsbegleitend verteilt. Eine Aktualisierung, die insbesondere auch den Bereich der „Autonomen Nationalisten“ hervorhebt, ist derzeit in Planung.

Zudem wird an der Erstellung jugendgerechter Publikationen gearbeitet. In Kooperation mit dem Land Nordrhein-Westfalen wird zurzeit der dort bereits erfolgreich für die Arbeit mit Jugendlichen angebotene „Andi-Comic“ übernommen.

Als weiteres Unterrichtsmaterial soll eine Grundrechtefibel erarbeitet werden, die sich insbesondere an jüngere Schülerinnen und Schüler richtet. Sie kann als Unterstützung und Anleitung zur Wertevermittlung und -erziehung bei Kindern im Grundschulalter dienen.

Mit den geschilderten Aktivitäten richtet sich der Niedersächsische Verfassungsschutz im Rahmen seines präventiven Gesamtkonzeptes gezielt an junge Menschen und leistet damit einen wichtigen Beitrag bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus.

Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund werden von der Polizei offensiv und nachhaltig verfolgt. Der rechtliche Rahmen wird bei sehr niedriger Einschreitschwelle vollständig ausgeschöpft. Zur intensiven Bearbeitung der Vorgänge mit Bezug zur rechtsextremistischen und links-extremistischen Szene wurde durch die Polizeiinspektion Delmenhorst in der Zeit vom 2. November 2009 bis zum 31. Januar 2010 eine Ermittlungsgruppe eingerichtet. Darüber hinaus betreibt das zuständige Fachkommissariat Polizeilicher Staatsschutz (FK 4) der Polizeiinspektion Delmenhorst an den Schulen, dem Jugendamt, Jugendeinrichtungen, Sportvereinen, Feuerwehren und bei Vermietern von Veranstaltungsräumlichkeiten intensive Aufklärungsarbeit, um eine weitere Eskalation zwischen den beiden politisch motivierten Szenen zu verhindern. Beispielsweise wurden an einigen allgemein- und berufsbildenden Schulen, verbunden mit persönlichen Gesprächen, die CD „Wölfe im Schafpelz“ und Handlungshinweise für den Umgang mit Propagandamitteln verteilt sowie anlassbezogen aktuelle Unterrichtsinhalte mitgestaltet. Schulhausmeister und Lehrerkollegien wurden anlässlich der nächtlichen Verteilung einschlägiger Flyer an und vor Schulen entsprechend sensibilisiert. Mitarbeiter des FK 4 begleiteten das Projekt „Rechte Jugendkulturen“ an der berufsbildenden Schule Wildeshausen. Ferner erhalten Rechtsextremisten, die sich im Umfeld von Schulen aufhalten oder auf dem Schulgelände tätig werden, einen Platzverweis, der über das Schulumt zugestellt wird. Für Angehörige der Stadtverwaltung Delmenhorst wurde eine Fortbildungsmaßnahme zum Thema „Gefahren durch den Rechtsextremismus bei der Arbeit mit Jugendlichen“ initiiert. Auf Anregung des FK 4 richtete die Stadtverwaltung Delmenhorst und die Gemeinde Ganderkesee „schnelle Eingreiftruppen“ zur kurzfristigen Beseitigung von rechtsextremistischen Farbschmierereien und Klebeaktionen ein. Mitarbeiter des FK 4 wirkten im Präventionsrat der Stadt Wildeshausen (Arbeitskreis für Demokratie und Toleranz) mit. Die Arbeitskreismitglieder wurden über die Gefahren und Symbole des Rechtsextremismus und die örtliche rechtsextremistische Szene informiert.

Der Leiter der Polizeiinspektion Delmenhorst und der Leiter des FK 4 stehen im Dialog mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und dem „Forum gegen Rechts im DGB“. Mit Eltern von Kindern, die erstmalig im Zusammenhang mit der rechtsextremistischen Szene auffallen, erfolgt eine konsequente Kontaktaufnahme. Hierbei wird auch die Hilfestellung durch das Jugendamt, der Beratungsstelle „pro aktiv gegen rechts“ aus Bremen sowie der Bildungsvereinigung „Arbeit und Leben“ aus Braunschweig vermittelt. Für den Herbst 2010 plant das FK 4 in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule und dem Stadtelternrat Delmenhorst eine Informationsveranstaltung für Eltern. Ferner ist auf Initiative der Polizeiinspektion Delmenhorst ein gemeinsames Seminar mit dem DGB, dem „Forum gegen Rechts im DGB“ und der Stadt Delmenhorst zum Thema „Extremismus, Gefahr für den Rechtsstaat“ beabsichtigt.

Uwe Schünemann